

E i n s c h ä t z u n g

der Lage in den Bezirken am 12.12.1989

1. Die Lage in den Territorien ist als differenziert zu bewerten, wobei das tägliche Leben im wesentlichen noch friedlich und gewaltfrei verläuft. Grundlage dafür ist das enge Zusammenwirken der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates mit Vertretern der politischen Gruppierungen und konstruktiven Kräften der Bürgerinitiativen in den Bezirken. Positiv zu vermerken ist auch, daß die Anzahl der Teilnehmer an Demonstrationen vielerorts zurückgegangen ist.

In den Bezirken ist eine zunehmende Tendenz zu verzeichnen zu

- ultimativen Forderungen hinsichtlich Rücktritt von gewählten Funktionären in örtlichen Staatsorganen (z. B. Potsdam, Karl-Marx-Stadt, Suhl),
 - Streikandrohungen zur Durchsetzung von Lohnforderungen und zur Forderung nach einer Volksentscheid über eine Konföderation bzw. Wiedervereinigung mit der BRD (z. B. Karl-Marx-Stadt, Suhl, Frankfurt/Oder, Magdeburg),
 - Androhung von Gewalt (Bombendrohungen in Dresden und Schwerin, Gewaltandrohungen gegenüber Personen bis hin zu Morddrohungen in Schwerin und Potsdam).
2. Die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erfordert gegenwärtig höchste Anstrengungen und besonnenes Handeln aller staatlichen Organe und gesellschaftlichen Kräfte.

Die Entwicklung der Lage wird im wesentlichen bestimmt durch:

- Demonstrationen und Kundgebungen in allen Bereichen mit zunehmendem aggressiven Verhalten eines Teils der Demonstranten;
- Kontrollen und Begehungen von Objekten und Anlagen der Sicherheitsorgane durch Bürgerkomitees bzw. Bürgerinitiativgruppen, bei denen nicht in jedem Fall Konfrontationen vermieden werden konnten;

- den nach wie vor starken Reiseverkehr nach der BRD und Berlin (West), insbesondere mit Auswirkungen auf den Straßen- und Eisenbahnverkehr an Wochenenden.

Äußerst massiv wird in den letzten Tagen von Personen und Personengruppen sowie bei Demonstrationen in Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Zwickau, Heiligenstadt und Halle die Wiedervereinigung gefordert. Die Auseinandersetzungen dazu zwischen den Gruppierungen nehmen zu.

In einigen Betrieben kam es in den vergangenen Tagen bereits zu kurzzeitigen Arbeitsniederlegungen (z. B. SKET Magdeburg, ca. 2 Std.).

Die Lage im Reiseverkehr ist weiterhin gespannt.

Täglich reisen über 500.000 Bürger, an den Wochenenden über 700.000 Bürger der DDR nach der BRD bzw. Berlin (West). Das hat erhebliche Auswirkungen auf den Straßen- und Eisenbahnverkehr und führt in den Schwerpunkten zu einer Zuspitzung der Lage bei der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auf diesem Gebiet.

Die Aktivitäten durch Einwohner von Grenzgemeinden zur Erzwingung der Eröffnung ständiger Grenzübergangsstellen (besonders Bezirke Magdeburg, Suhl, Gera) bzw. von Fährverbindungen (Bezirk Schwerin) halten an. Zunehmend wird dabei ein koordiniertes Vorgehen mit Anwohnern, Kommunalpolitikern und Polizeiangehörigen aus dem BRD-Grenzgebiet sichtbar.

Bei einzelnen Durchbruchversuchen sowie gewaltsam erzwungenen Öffnungen wurden die Ordnung sowie das Leben und die Gesundheit der Grenzsicherungskräfte zum Teil erheblich gefährdet.

Die Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie zum Schutz der Volkswirtschaft wurden bisher durchgesetzt. Schwere Vorkommnisse, die die Einsatz- und Gefechtsbereitschaft der Schutz- und Sicherheitsorgane beeinträchtigen, sind bisher nicht bekannt geworden.

Auf den Gebieten der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung, Verkehrssicherheit und Brandschutz gibt es keine Besonderheiten.

3. Nach vorliegenden Informationen über 12 Bezirksämter für Nationale Sicherheit (von 3 Ämtern fehlen konkrete Angaben) ist die übergroße Mehrzahl (10) nur bedingt arbeitsfähig. Vom Bezirksamt Cottbus wird, gemessen an der künftigen Aufgabenstellung, eine gute Arbeitsfähigkeit gemeldet. Demgegenüber ist das Bezirksamt Rostock nicht arbeitsfähig. Die Entwicklungstendenz insgesamt zeigt eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für die Bereiche Aufklärung und Verfassungsschutz.

Der Prozeß der Schließung, Räumung und Übergabe der Kreisämter verläuft zügig und im wesentlichen ohne bedeutsame Probleme. Bis einschließlich 12.12.1989 sind mehr als 70 Kreisämter bereits an die örtlichen Räte übergeben. Bis zum Wochenende (16./17.12.1989) sollen alle Objekte der ehemaligen Kreisämter/Objektdienststellen ihren neuen Bestimmungen übergeben werden.

4. Zur Arbeitsfähigkeit örtlicher Staatsorgane:

Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Potsdam schätzt die Lage weiterhin als gespannt und kompliziert ein. Die Bevölkerung verlangt verstärkt den Rücktritt von Bürgermeistern und Mitgliedern der Räte der Kreise verbunden mit Verleumdungen, Diffamierungen und psychologischem Druck. 5 Vorsitzende von Räten der Kreise sind ausgeschieden, 21 Ratsmitglieder des Kreises Gransee sind geschlossen zurückgetreten, 13 Bürgermeister wurden abgewählt. Analoge Situationen bestehen in den Bezirken Schwerin, Gera und Neubrandenburg.

Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Suhl informiert darüber, daß Mitglieder der SED, die Funktionen in Staat, Wirtschaft und Kultur bekleiden, erheblichen Belastungen ausgesetzt sind. Es wird zunehmend ihre Entlassung verlangt, ohne daß konkrete Anschuldigungen vorgebracht werden. Die Neubesetzung von Wahlfunktionen wird durch Ablehnung geeigneter Kader erschwert. Der Bezirk Karl-Marx-Stadt berichtet über Rücktritte in Plauen und in den Kreisen Plauen-Land, Auerbach und Marienberg. Als besorgniserregend wird die Lage auch in Städten und Gemeinden eingeschätzt.

Verwiesen wurde auf folgendes Verhalten der bestehenden Parteien und Bürgerforen: Obwohl sie aufgefordert wurden, Kader zu stellen, wurden von ihnen keine benannt, so daß die SED wieder gezwungen ist, die Führung zu übernehmen.

Für den Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt wird eingeschätzt, daß die Mitarbeiter ihre Aufgaben erfüllen, aber in Sorge und beunruhigt über die gegenwärtige Lage sind. Das hängt zum Teil mit der gegenwärtigen Kampagne gegen ehemalige Mitarbeiter des MfS zusammen. Sie befürchten, daß in absehbarer Zukunft gleiches mit ihnen geschieht. Es sollte deshalb eine eindeutige Erklärung der Regierung zu den Aufgaben des Staates erfolgen. Es muß unmißverständlich zum Ausdruck kommen, daß seine Funktionsfähigkeit eine elementare Grundlage für Ruhe und Geborgenheit in der Gesellschaft ist. Den Mitarbeitern sollte durch die Regierung ein deutliches Zeichen zur Ermutigung gesetzt werden.

5. Hinweise, Vorschläge und Forderungen:

- Die Berliner Zeitung übergab einen Aufruf der Gruppe "Zur nationalen Erneuerung" mit dem Inhalt

- . 'am 13.12.1989 die Bezirksverwaltung Berlin und den Sitz Magdalenen-/Normannenstraße zu besetzen
- . alle Mitarbeiter des Amtes in Internierungslagern zusammenzufassen. '

Das Amt für Nationale Sicherheit wurde informiert.

- Der Hauptdirektor des WBK Berlin und weitere 20 Leiter verweisen auf ausgesprochene Baustopps u. a. vom Bezirksbaudirektor (Objekt 502 Otto-Grotewohl-Straße, Wohnkomplex Kaulsdorf III, Altglienicke). Daraus erwachsende Konsequenzen:

- . Hälfte der Baukapazitäten müßte stillgelegt werden;
- . Vorfertigung und Transportkette brechen zusammen;
- . ca. 2.000 Wohnungen werden 1989 in Berlin nicht übergeben.

Genosse Krack ist beauftragt worden, erforderliche Maßnahmen zu treffen, die Kollegen Moreth und Baumgärtel wurden informiert.

- Die Aufhebung folgender Ministerratsbeschlüsse und Rechtsvorschriften wird gefordert:
 - . Beschluß des Ministerrates zur Information und Maßnahmen zur Gewährleistung einer stabilen Versorgung der Bevölkerung mit Baumaterialien, insbesondere für den Eigenheimbau, vom 25.06.1987 (Karl-Marx-Stadt)
 - . Beschlüsse des Ministerrates vom 28.05.1987 und 16.03.1989 zur Errichtung von Kleingärten für Berliner (Potsdam; Verschärfung der politischen Situation)
 - . Anordnung des Vorsitzenden des Ministerrates vom 30.09.1986 zur Leitung, Planung und Durchführung des speziellen Exportes in die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, andere sozialistische Länder, Entwicklungsländer und progressive nationale Befreiungsbewegungen (Rostock; Zusammenhang mit Waffenlager Kavelstorf)
 - Einsprüche gegen den Amnestiebeschluß, insbesondere für kriminelle Straftäter, erheben der Rat der Gemeinde Wiederitzsch, eine Gewerkschaftsgruppe des Forschungszentrums Carl-Zeiss-Jena, ein Kollektiv der TU Dresden und die zeitweilige Kommission des Bezirkstages Suhl zur Untersuchung von Amtsmißbrauch und Korruption. Sie machen vor allem auf unberechenbare Folgen für die Sicherheit der Bevölkerung aufmerksam. Der Bezirk Neubrandenburg verweist auf solche Probleme, wie Sicherung von Wohnungen, Arbeit für diese Bürger, Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, Ablehnungen durch Leiter von Einstellungen. Der Regierungsbeauftragte für den Bezirk Magdeburg informiert über Protestresolutionen der Räte der Kreise Halberstadt und Wolmirstedt an den Staatsrat. 16 Kreise dieses Bezirkes lehnen ebenfalls die Amnestie ab.
6. In der Mehrzahl der Bezirke wird durch die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Organe, der Bürgerinitiativen einschließlich von Volksvertretern eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Die Interviews in den Massenmedien beschäftigen sich vor allem mit Ergebnissen der Zusammenarbeit, Fragen zur Arbeit der Ämter für Nationale Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Gewaltfreiheit sowie der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bis hin zur Offenlegung von Provokationen.

7. Zum Auftrag des Genossen Modrow, aufgrund eines Anrufes von Genossen Hahn, 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Dresden, dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Karl-Marx-Stadt bei der Vernichtung von Unterlagen des ehemaligen MfS zu unterstützen, ergab sich folgender Sachstand:

- Durch den Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates wurde geklärt, daß Genosse Kertscher nicht mit Genossen Hahn telefoniert hat.
- Die Lage in Karl-Marx-Stadt ist normal, es ist keine Vernichtung von solchen Unterlagen vorgesehen und es gab demzufolge keinen Anlaß zu einem solchen Hilferuf.
- Genosse Hahn erklärte gegenüber Genossen Halbritter, daß Genosse Kertscher ihn angerufen habe.

Dieser Vorgang muß als eindeutige Provokation gewertet werden.

10. H. Hahn